

Der Milliarden-Pakt

Bundesregierung stellt Weichen für Atom-Entsorgung / Stromkonzerne zahlen an Staatsfonds



Atommüll: Geplant ist, dass der Staat den Unternehmen die Verantwortung für die Endlagerung abnimmt. Dafür müssen sie gut 23 Milliarden Euro an einen Staatsfonds überweisen. Foto: dpa

Berlin dpaEs wird ein historischer Deal zur Finanzierung der nuklearen Altlasten. Es geht dabei nicht nur um viel Geld, sondern auch um einen langen Zeitraum und Risiken: Die Entsorgung der Atom-Altlasten. Der Staat will einen Pakt mit den Energieriesen Vattenfall, Eon, RWE und EnBW schließen. Danach sollen die Konzerne bis 2022 gut 23,55 Milliarden Euro an einen Staatsfonds überweisen. Der soll die Zwischen- und Endlagerung von Müll managen, die Unternehmen können sich von der Haftung „freikaufen“. Für Stilllegung, Rückbau und Verpackung des Atom Mülls bleiben die Konzerne verantwortlich. Jetzt gibt es einen Gesetzesentwurf, der endgültige Vertrag steht noch aus: Worum ging es der Regierungskommission?

Die Kommission unter Leitung von Jürgen Trittin (Grüne), Ole von Beust (CDU) und Matthias Platzeck (SPD) hatte Ende April Vorschläge zur Finanzierung des Atomausstiegs vorgelegt. Die Verursacher sollen sich nicht aus der Verantwortung stellen können. Gleichzeitig sollen das „Überleben“ der schwer angeschlagenen Energiekonzerne gesichert und Risiken für die Steuerzahler minimiert werden. Was kosten Stilllegung und Atom Müll-Lagerung?

Die Kommission hatte Schätzungen von mindestens rund 48 Milliarden Euro unterstellt – berechnet zu Preisen von 2014. Ein Szenario kam bis 2099 auf mögliche Gesamtkosten – mit Inflation und steigenden Kosten – von fast 170 Milliarden Euro. Haben die Konzerne dafür Vorsorge getroffen?

Ja. Sie haben sogenannte Rückstellungen gebildet. Zu dieser Absicherung sind sie verpflichtet. Bis Ende 2014 waren mehr als 38 Milliarden Euro für Abriss und Entsorgung zurückgestellt. Wegen der niedrigen Zinsen mussten die Unternehmen mehr beiseitelegen – Ende 2015 knapp 40,1 Milliarden Euro. Die Milliarden liegen nicht auf Konten, sondern stecken in Anlagen. Laut Stresstest reicht das Polster. Aber: Wegen des Zinsrisikos könnten die Atom-Rückstellungen auf bis zu 70 Milliarden Euro steigen. Zeit zu handeln also. Welchen Deal zwischen Staat und Konzernen soll es geben?

Etwa die Hälfte der Rückstellungen sollen die Konzerne behalten, die damit Stilllegung und „unverzöglichen Rückbau“ der Atommeiler bezahlen sowie für eine „endlagerechte“ Verpackung des Mülls sorgen. Dafür sollen – laut Kommissionsvorschlag – 19,8 Milli-

arden Euro (Stand Ende 2014) bei den Konzernen verbleiben. Als Kosten dafür wurden Ende April rund 24 Milliarden Euro unterstellt. Und die langfristige Zwischen- sowie Endlagerung des Atommülls?

Die Konzerne sollen ab Januar etwa 17,4 Milliarden Euro aus den Rückstellungen plus Risikoaufschlag von fast 6,2 Milliarden Euro an einen staatlichen „Entsorgungsfonds“ bis zum Jahr 2022 zahlen – um so die Verantwortung für Zwischen- und Endlagerung abzugeben. Die gut 23,55 Milliarden Euro sind etwas höher als von der Kommission vorgeschlagen und niedriger als zuletzt erwartet. Zwischen- und Endlagerung dürften sich bis weit ins Jahr 2090 hinziehen. Können sich die Konzerne freikaufen? Wie viel Zeit haben sie?

Von der Haftung freigestellt werden sie, wenn sie jeweils auch den Risikozuschlag an den Fonds überweisen. Die Konzerne können den Aufschlag spätestens bis Ende 2022 nebst Zinsen entrichten. Auch eine Ratenzahlung ist möglich. Die letzte Rate ist spätestens Ende 2026 zu zahlen.